

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVSEITE	31.12.2009 Euro	31.12.2008 Euro	PASSIVSEITE	31.12.2009 Euro	31.12.2008 Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16.340,00	17.362,00	I. Gezeichnetes Kapital	5.880.000,00	5.880.000,00
II. Sachanlagen			II. Kapitalrücklage	1.047.722,56	1.047.722,56
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.441.915,54	2.620.011,54	III. Gewinnrücklagen		
2. Technische Anlagen und Maschinen	13.029.690,82	13.897.585,33	1. Satzungsmäßige Rücklage	324.295,14	284.719,82
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	182.563,02	241.023,02	2. Andere Gewinnrücklagen	1.099.714,09	1.056.604,00
4. Anlagen im Bau	74.180,34	50.693,65	IV. Bilanzgewinn	356.177,85	43.110,09
	15.728.349,72	16.809.313,54		8.707.909,64	8.312.156,47
B. Umlaufvermögen			B. Sonderposten zum Anlagevermögen	254.661,17	264.847,13
I. Vorräte			C. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	36.144,59	45.373,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	142.617,70	120.986,15	D. Empfangene Ertragszuschüsse	1.508.990,00	1.769.768,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			E. Rückstellungen		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.723.982,75	2.429.782,08	1. Steuerrückstellungen	19.828,83	0,00
Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. 183,36 €)			2. Sonstige Rückstellungen	1.314.216,29	1.402.522,69
2. Forderungen gegen Gesellschafter	106.762,41	117.363,56		1.334.045,12	1.402.522,69
Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. 0,00 €)			F. Verbindlichkeiten		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	207.485,18	109.375,80	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.522.959,36	7.407.654,83
	2.038.230,34	2.656.521,44	Restlaufzeit bis ein Jahr: 894.014,09 € (Vj. 885 T€)		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.857.755,78	1.997.708,15	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	964.115,89	1.368.490,71
			Restlaufzeit bis ein Jahr: 964.115,89 € (Vj. 1.368 T€)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	648,75	764,75	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	330.068,19	423.292,19
			Restlaufzeit bis ein Jahr: 330.068,19 € (Vj. 423 T€)		
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	261.779,38	261.779,38	4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.295.745,36	839.163,71
			Restlaufzeit bis ein Jahr: 1.295.745,36 € (Vj. 839 T€)	9.112.888,80	10.038.601,44
			davon aus Steuern 399.980,65 € (Vorjahr 274 T€)		
			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
			G. Rechnungsabgrenzungsposten	91.082,35	31.166,68
	21.045.721,67	21.864.435,41		21.045.721,67	21.864.435,41
	21.045.721,67	21.864.435,41		21.045.721,67	21.864.435,41

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2009 (01.01. bis 31.12.)

	2009 Euro	2008 Euro
1. Umsatzerlöse	10.734.260,54	11.494.640,01
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	44.637,43	21.350,66
3. Sonstige betriebliche Erträge	701.534,48	397.919,25
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.947.016,11	7.815.559,40
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>464.526,98</u>	<u>232.167,47</u>
	7.411.543,09	8.047.726,87
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	869.365,55	1.276.115,04
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>194.220,42</u>	<u>236.790,66</u>
davon für Altersversorgung 27.588,14 € (Vorjahr 32.240,16 €)	1.063.585,97	1.512.905,70
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.341.188,99	1.052.727,90
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	714.255,45	829.222,64
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.867,77	107.429,16
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	353.978,72	409.114,43
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>610.748,00</u>	<u>169.641,54</u>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	209.302,21	116.213,28
12. Sonstige Steuern	5.692,62	5.528,17
13. Jahresüberschuss	<u>395.753,17</u>	<u>47.900,09</u>
14. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	39.575,32	4.790,00
15. Bilanzgewinn	<u><u>356.177,85</u></u>	<u><u>43.110,09</u></u>

**Stadt- und Überlandwerke GmbH
Lübben**

**Anhang
für das Geschäftsjahr 2009**

I. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Der Jahresabschluss wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Die Jahresabschlusserstellung erfolgte unter der Prämisse der Unternehmensfortführung.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz ebenso wie die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringenden Vermerke wurden im Interesse einer besseren Klarheit überwiegend im Anhang aufgeführt.

Die Vorschriften für die Rechnungslegung von Energieversorgungsunternehmen des § 10 des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 wurden beachtet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauern um planmäßige Abschreibungen linear vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Zur Ermittlung der Herstellungskosten werden neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen.

Die Abschreibungen werden planmäßig nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und nach Maßgabe der steuerlichen Richtlinien vorgenommen. Die Gesellschaft bedient sich der linearen Abschreibungsmethode.

Im Jahr 2009 wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB im Bereich Fernwärme vorgenommen, in dem die Restnutzungsdauer angeglichen worden ist.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über € 150,00 und bis zu € 1.000,00 werden in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre linear abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu € 150,00 werden im Zugangsjahr sofort aufwandswirksam erfasst.

Seit dem Geschäftsjahr 2003 werden erhaltene Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenerstattungen direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlage abgesetzt.

Die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenerstattungen werden als empfangene Ertragszuschüsse passiviert und jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst.

Der Ansatz der Vorräte erfolgte zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung von 1,2 % Rechnung getragen.

Die liquiden Mittel sind zum Nominalwert angesetzt.

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennwert ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2003 wurde ein Sonderposten zum Anlagevermögen als Korrekturposten zum Stromvermögen bilanziert. Der Korrektur liegt eine steuerliche Bewertung zu Grunde, der in der Handelsbilanz gefolgt wurde.

Ein Zuschuss der Investitionsbank des Landes Brandenburg wurde als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen passiviert. Der Sonderposten wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen zeitanteilig über acht Jahre aufgelöst.

Ein weiterer Zuschuss wurde mit den Anschaffungskosten verrechnet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Erhaltene Marketingzuschüsse werden als passiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und über den Zeitraum der Vertragslaufzeit von sechs Jahren bzw. von 2 Jahren aufgelöst.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wurde im beiliegenden Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamt €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.723.982,75
Forderungen gegen Gesellschafter	106.762,41
Sonstige Vermögensgegenstände	207.485,18

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von € 472.404,27 für den Zeitraum zwischen dem jeweiligen Ablesestichtag und dem Abschlussstichtag enthalten, die rechtlich erst nach dem 31. Dezember 2009 entstehen.

Im Berichtsjahr wurden auf Forderungen aus Vorjahren sowie zweifelhafte Forderungen Einzelwertberichtigungen von 100 % in Höhe von € 95.885,49 gebildet. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurde die Pauschalwertberichtigung mit 21 T€ unverändert beibehalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus dem Stammkapital über € 5.880.000,00; der Kapitalrücklage über € 1.047.722,56; den Gewinnrücklagen in Höhe von € 1.424.009,23 und dem Bilanzgewinn in Höhe von € 356.177,85

Gemäß § 13 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag vom 16. November 2004 sind jährlich aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrags und zzgl. eines Gewinnvortrages 10 % in die satzungsmäßige Rücklage einzustellen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden € 39.575,32 eingestellt.

Der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2009 setzt sich wie folgt zusammen:

	€
Jahresüberschuss 2009	395.753,17
Einstellung in satzungsmäßige Rücklage	<u>- 39.575,32</u>
	<u>356.177,85</u>

Sonderposten zum Anlagevermögen

Es handelt sich um einen Korrekturposten zum Stromvermögen. Der Korrektur liegt die steuerliche Bewertung der übertragenen Vermögensgegenstände, welche nach 1990 angeschafft bzw. hergestellt wurden, zu Grunde. Der Korrekturbetrag im Übertragungsjahr 1995 beträgt T€ 407. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt über 40 Jahre. Die jährliche Auflösung beträgt T€ 10.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Es werden Zuschüsse der Investitionsbank des Landes Brandenburg entsprechend dem Zuwendungsbescheid vom 17. Dezember 2004 für die Errichtung der Erdgastankstelle in Lübben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung von € 73.827,26 ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte die ertragswirksame Auflösung in Höhe von € 9.228,41.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Altlasten auf Gaswerksgrundstück	261.779,38
Ausstehende Rechnungen	367.502,12
Instandhaltungsaufwendungen	301.000,00
Altersteilzeit	118.464,60
Wassernutzungsentgelt	66.561,00
Abrisskosten Heizhaus	51.129,19
Urlaubsansprüche	52.707,00
Übrige	<u>95.073,00</u>
	<u>1.314.216,29</u>

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	<u>Gesamt</u>	bis <u>1 Jahr</u>	<u>2-5 Jahre</u>	über <u>5 Jahre</u>
	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	6.523	894	4.072	1.581
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	964	964	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	330	330	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.296</u>	<u>1.296</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>9.113</u>	<u>3.484</u>	<u>4.072</u>	<u>1.581</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften, Patronatserklärungen und Beteiligungsbelassungserklärungen der Stadt Lübben besichert.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Von den 2009 erzielten Umsatzerlösen entfallen auf die:

	€	%
Stromverteilung	633,38	0,01
Gasverteilung	270.270,52	2,52
Sonstige Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	8.381.661,17	78,08
Wasserversorgung	1.120.880,43	10,44
Fernwärmeversorgung	875.508,34	8,16
Betriebsführung Abwasser	<u>85.306,70</u>	<u>0,79</u>
	<u>10.734.260,54</u>	<u>100,00</u>

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind unter anderem die Pacht für das Stromvermögen in Höhe von T€ 390; Auflösung von Rückstellungen von T€ 117; ein Marketingzuschuss von T€ 85 enthalten.

Personalaufwand

Unter den Aufwendungen für soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind in Höhe von € 27.588,13 Aufwendungen für Altersversorgung enthalten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Es werden Zinsen für aufgenommene Darlehen ausgewiesen.

V. Sonstige Angaben

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Lübben.

Geschäftsführer war bis zum 10.06.2009 Herr Reiner Franzka, der von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit war. Bis zum 31.12.2009 fungierte Frau Ute Zosel als Geschäftsführerin. Ab 01.01.2010 ist Herr Detlef Günther als Geschäftsführer bestellt worden, der von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit ist.

Dem Aufsichtsrat gehörten in 2009 an:

Herr Lothar Bretterbauer, Bürgermeister Stadt Lübben (Spreewald), Vorsitzender

Herr Benjamin Kaiser, Diplomfinanzwirt, stellv. Vorsitzender

Herr Frank Neumann, Bauamtsleiter Stadt Lübben, Schriftführer

Herr Bork Lange, selbständiger Geschäftsmann

Herr Günther Piesker, Vorruheständler

Herr Sven Richter, Polizeibeamter

Frau Sabine Minetzke, selbständige Bauingenieurin

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr eine Aufwandsentschädigung von € 3.850,00

Die Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers unterbleibt in Anwendung des § 286 Abs. 4 des HGB.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden durchschnittlich fünf gewerbliche Arbeitnehmer (Vorjahr: neun) und 13 Angestellte (Vorjahr: 15) beschäftigt. Für einen Auszubildenden werden die Ausbildungskosten finanziert.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen nicht.

Das Honorar des Abschlussprüfers der Stadt-und Überlandwerke GmbH Lübben beläuft sich auf 15 T€.

VI. Derivative Finanzinstrumente

Um Zinsrisiken der Gesellschaft zu begrenzen wurden in zurückliegenden Geschäftsjahren für zwei bestehende Darlehen Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Nominalvolumen ist die Summe aller den derivativen Finanzgeschäften zugrunde liegenden Kapitalbeträge. Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte der Finanzderivate entsprechen jeweils dem Preis, zu dem ein unabhängiger Dritter die Rechte und/oder Pflichten aus diesem Finanzinstrument übernehmen würde. Die beizulegenden Zeitwerte wurden auf Basis des Marktwertes inklusive auflaufender Stückzinsen stichtagsbezogen berechnet. Die Bewertung erfolgte anhand eigener Modelle der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG.

Die eingesetzten Finanzinstrumente werden nicht bilanziell berücksichtigt. Die laufenden Zinszahlungen werden erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

VI. Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses

Von dem Jahresüberschuss von €395.753,17 wurden gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages 10 % des Jahresüberschusses (€39.575,32) in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.

Aufgrund der aktuellen Liquiditätsslage und Weiterentwicklung der Gesellschaft schlägt der Geschäftsführer vor, den Bilanzgewinn in Höhe von €356.177,85 zu thesaurieren.

Lübben, im Juli 2010

Dipl.-Ing. Detlef Günther
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungswerte					Abschreibungen					Buchwert	Buchwert
	Anfangsstand €	Zugang €	Abgang €	Umbuchung €	Endstand €	Anfangsstand €	Zugang €	Abgang €	Endstand €	31.12.2009 €	31.12.2008 €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	225.499,08	10.541,00	0,00	0,00	236.040,08	208.137,08	11.563,00	0,00	219.700,08	16.340,00	17.362,00	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke mit Geschäfts-, und anderen Bauten	4.150.957,97	0,00	107.235,98	0,00	4.043.721,99	1.530.946,43	178.096,00	107.235,98	1.601.806,45	2.441.915,54	2.620.011,54	
2. Technische Anlagen und Maschinen	27.092.813,55	316.074,35	272.562,00 117.390,00 Z	19.717,42	27.038.653,32	13.195.228,22	1.085.219,77	271.485,49	14.008.962,50	13.029.690,82	13.897.585,33	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	1.275.203,10	27.420,22	100.192,13	0,00	1.202.431,19	1.034.180,08	66.310,22	80.622,13	1.019.868,17	182.563,02	241.023,02	
4. Anlagen im Bau	50.693,65	43.204,11	0,00	-19.717,42	74.180,34	0,00	0,00	0,00	0,00	74.180,34	50.693,65	
	32.569.668,27	386.698,68	597.380,11	0,00	32.358.986,84	14.726.174,65	1.329.625,99	459.343,60	16.630.637,12	15.728.349,72	16.809.313,54	
Gesamt	32.795.167,35	397.239,68	597.380,11	0,00	32.595.026,92	14.934.311,73	1.341.188,99	459.343,60	16.850.337,20	15.744.689,72	16.826.675,54	

Z: Baukostenzuschüsse (110.177,00 €)
Fördermittel (7.213,00 €)

Lagebericht des Geschäftsführers

Vorwort

Die Welt der Energiewirtschaft wird nicht einfacher, aber schneller. So prägnant kann man die jüngsten Entwicklungen in diesem Geschäftsfeld darstellen.

Dabei stellen sich vier große Trends für die Zukunft der Energiewirtschaft heraus.

- Rekommunalisierung als Gegenteil zur bislang vorherrschenden Privatisierung
- Klimaschutzziele und ihre Auswirkungen in allen Wertschöpfungsketten
- Konflikt zwischen Versorgungssicherheit und Effizienz
- Spannungsfeld von Regulierung, Wettbewerb und Verbraucherschutz

Zwei dieser Trends, die signifikante Bedeutung haben, sollen etwas detaillierter dargestellt werden.

Rekommunalisierung ist die Antwort der Kommunalpolitik auf Verschwinden des Vertrauens der Menschen in die Glaubwürdigkeit und das Handeln der Energiekonzerne sowie Ausdruck des Wunsches, die Klima- und Energiepolitik selbst zu gestalten. Ursache im Vertrauensverlust liegen in der Entfernung der Konzerne zu den Menschen, Gewinnmaximierung und mangelnde Transparenz über Preise und Produkte. Die weltweite Finanzkrise hat diesen Eindruck noch verstärkt. Die kleinen und mittleren Stadtwerke haben nach wie vor einen hohen Marktanteil verbunden mit einer grundsätzlich intensiven Geschäftsbeziehung. Es gilt jedoch diesen Vorteil zukünftig noch konsequenter weiterzuentwickeln und neue Optionen mit neuen Marktpartnern umzusetzen.

Vom Spannungsfeld Regulierung, Wettbewerb und Verbraucherschutz sind insbesondere kleine Stadtwerke nachteilig betroffen. So müssen permanente Gesetzesänderungen, die im Bereich des Unbundlings vom Gesetzgeber initiiert werden, vom Unternehmen mit knappen Personalkapazitäten und mit teilweise nicht optimal vorhandenem know how, analysiert und kurzfristig umgesetzt werden. Im Wettbewerb können sich insbesondere neue Energiedienstleister in fremden Versorgungsgebieten ausschließlich auf profitable Kunden konzentrieren und akquirieren. Damit verbunden ist zunehmend im Tarifikundensegment beim Kunden eine unseriöse Verhaltensweise des Anbieters festzustellen, die nicht im Sinne des Verbraucherschutzes verläuft.

a) Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Jahr 2009 war ein Jahr, das vor allem durch den immer stärker werdenden Wettbewerb, heftige Preisschwankungen bei den Beschaffungskosten von Gas und staatliche Regulierungen geprägt war. Neben dem Wechsel des Geschäftsführers ist es uns gelungen, Stabilität und Kontinuität in der Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung zu erreichen.

Wir sind dabei von einer konsequenten Kundenorientierung ausgegangen. Mit unseren Produkten Gas 12 und Gas 24 sowie die Einführung eines neuen Gas-Tarifsystems ab 01.05.2009 werden wir diesem Anspruch gerecht.

Das unternehmerische Wirken zielte darauf ab, Erfolgsfaktoren frühzeitig zu erkennen und umzusetzen. Die verbesserten Gaseinkaufspreise führten im Jahr 2009 zu sinkenden Gaspreisen, von denen auch unsere Kunden profitierten.

So hat der Aufsichtsrat der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben im Jahr 2009 drei Gaspreissenkungen zugestimmt.

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in den Bereichen der Gas-, Wasser- und Fernwärmewirtschaft wurden Investitionen im Jahr 2009 in Höhe von 398 T€ getätigt, die wie folgt auf die Bereiche aufgegliedert sind:

- Gasversorgung	115 T€
- Wasserversorgung	89 T€
- Fernwärmeversorgung	172 T€
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	22 T€

Dabei wurden 1.629 m Gasversorgungsleitung und 950 m Trinkwasserleitung einschließlich Hausanschlussleitungen neu verlegt.

Daneben wurden 43 Hausanschlüsse in der Gasversorgung und 49 Hausanschlüsse in der Wasserversorgung hergestellt.

In der Gas-Übergabestation Lübben Hochbahn wurde ein BHKW mit einer Leistung von 4,7 kW elektrisch und 12,5 kW thermisch, mit einer voraussichtlichen Vollbenutzungsstundenzahl von 5.359 h im Wertumfang von 51 T€ eingebaut. Diese Maßnahme wurde vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Höhe von 7,2 T€ gefördert.

Die Vorbereitung der Sanierung der Filteranlage im Wasserwerk Lübben hat im Jahr 2009 begonnen und wird im Jahr 2010 realisiert.

Eine Maßnahme des Wärmecontracting bildete der Bau einer Heizungsanlage im Rathaus mit einem Wertumfang von 172 T€.

Aufgrund der veränderten Marktbedingungen im Gashandel zeigt die Absatzentwicklung der verkauften Gasmengen gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 2,5 % und beim Gasnetz einen Zugang von 1,8 % auf.

Bei der Fernwärme spiegelt sich eine kontinuierliche Absatzmengenentwicklung wieder.

Obwohl bei der Förderung des Reinwassers ein Anstieg von 1 % zu verzeichnen ist, ist die Absatzmenge um 1,8 % gesunken.

Hier spiegeln sich die im Jahr 2009 häufig auftretenden Rohrbrüche in der Weinberg-, Feld- und Gartenstraße in Lübben wieder. Daher ist ein Anstieg der Wasserverluste auf 4,2 % zu beobachten.

Die Umsatzerlöse, aktivierten Eigenleistungen und die sonstigen betrieblichen Erträge in den einzelnen Segmenten entwickelten sich wie folgt:

Segmente	2009 €	2008 €	Veränderung €
Stromverteilung	400.819,34	265.832,90	134.986,44
Gasverteilung	403.481,20	243.413,34	160.067,86
sonst. Tätigkeit innerhalb des Gassektors	8.511.860,49	9.178.151,90	- 666.291,41
Wasserversorgung	1.156.914,89	1.149.246,38	7.668,51
Fernwärmeversorgung	922.047,93	967.344,03	- 45.296,10
Betriebsführung Abwasser	85.308,60	109.921,37	- 24.612,77
	11.480.432,45	11.913.909,92	- 433.477,47

Die Senkung der Umsatzerlöse im Bereich Gashandel ist auf die Senkung der Gaspreise im Jahr 2009 auf der einen Seite und zum anderen auf den Rückgang der Absatzmenge von 5 Mio. kWh zurück zu führen.

Analog zum Absatz reduzierten sich auch die Gasbezugskosten gegenüber dem Vorjahr um 10,4 %.

Bei der Gasverteilung wurde die Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung, die die vereinnahmten Mehrerlöse zwischen dem Antragszeitpunkt zur Genehmigung der Netznutzungsentgelte für Gas und dem Genehmigungszeitpunkt entstanden sind, aufgelöst. Hierzu wurden vom Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten mit dem Schreiben vom 03.12.2009 die Mehrerlösabschöpfungsbeträge nicht wie beantragt sondern mit € 177.729,93 festgelegt.

Der Zuwachs in der Stromversorgung resultiert aus den Ergebnissen der Verhandlungen zum Pachtvertrag Strom mit der envia Verteilnetz GmbH, die im 2. Halbjahr 2009 abgeschlossen werden konnten. So kam es zu einer Nachzahlung vom Pachtentgelt der Vorjahre sowie zu einer Erhöhung des bis 2015 laufenden Pachtentgeltes von 5 %.

Die neue Organisationsstruktur der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben wird darin verdeutlicht, das zum 31.12.2009 18 Arbeitnehmer, davon 13 Verwaltungsangestellte und 5 gewerbliche Arbeitnehmer beschäftigt waren. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Senkung von 25 %. Das hat auch zur Folge, dass die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr im gleichen Verhältnis gesenkt worden sind.

b) Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft weist eine solide Bilanzstruktur auf. Ausgehend von der aus Liquiditätssichtpunkten bereinigten Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31.12.2009 betrug 74 % (Vorjahr 76%).

Der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital betrug zum Ende des Geschäftsjahres 45% (Vorjahr 42 %). Die Liquidität war im gesamten Geschäftsjahr 2009 sichergestellt. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 396 T€. Auch finanzwirtschaftlich wurde ein Überschuss erzielt.

Kapitalflussrechnung	2009	2008
	T€	T€
Jahresergebnis	+ 396	+ 48
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	+ 1.341	+ 1.053
Auflösung der Ertrags-/Investitionszuschüsse	- 280	- 280
Aktivierete Eigenleistungen	- 45	- 21
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Anlagegegenständen	+ 21	+ 3
Cash flow i.e.S.	+ 1.433	+ 803

Der finanzwirtschaftliche Überschuss wurde zur Selbstfinanzierung der Investitionen und zur Tilgung von Bankdarlehen verwendet und erhöhte die flüssigen Mittel.

Ausblick

Geprägt wird insbesondere das Geschäftsjahr 2010 aber auch die folgenden Jahre von grundlegenden Infrastrukturveränderungen, Anpassungen von organisatorischen Erfordernissen, betriebswirtschaftliche Bewertungen, Risikoanalysen und Vertriebsaktivitäten.

Die unbefriedigte Infrastruktur beginnend von der EDV-Anlage nebst Drucker, Endgeräte und Softwareanwendungen, muss im bedeutenden Umfang den heutigen Anforderungen angeglichen werden. Ebenso bedarf es der Erneuerung der Telekommunikationsanlage und auch in Teilen der Büro- und Geschäftsausstattung.

In der Organisation bedarf es einiger Veränderungen um Arbeitsabläufe zu optimieren, das „4-Augen-Prinzip“ konsequenter zu leben und auch einige Aufgaben und Funktionen erstmalig auszuführen.

Bedeutend für die Umsetzung dieser Maßnahmen sind die motivierten, engagierten und qualifizierten Mitarbeiter/innen der Gesellschaft.

Aus vergangen Spartenrechnungen ist zu entnehmen, dass der Bereich Wasser ohne Preiserhöhung und insbesondere die Fernwärmeversorgung defizitär und im erheblichen Umfang sanierungsbedürftig sind.

Eine zentrale Aufgabe wird sein, diese beiden Geschäftsfelder spätestens mittelfristig wieder in die Gewinnzone zu bringen, da zukünftig die Deckungsbeiträge aus dem Gasgeschäft signifikant sinken werden. Das gilt zum einen für die sinkenden Netznutzungsentgelte, die durch die Vorgaben der Regulierungsbehörde festgelegt werden. Zum anderen wird durch den zunehmenden Wettbewerb und dem damit verbundenen Verlust von Kunden die Marge im Gashandel negativ beeinflusst.

Im Bereich der Risikoanalyse bedarf es der vollständigen Erstellung eines Risikomanagementhandbuches sowie der Entwicklung einer Balanced Scorecard, damit die zukünftige Fokussierung des Unternehmens deutlicher und nachhaltiger wird. Eine weitere Ergänzung wird die Weiterentwicklung des vorhandenen Controllingystems in der Gesellschaft sein.

Der im Aufbau befindliche Vertriebs- und Marketingbereich muss kurzfristig geeignete Maßnahmen entwickeln, um die Wahrnehmung der Stadtwerke bei den Kunden aber auch in der Öffentlichkeit positiver zu gestalten. Wichtig dabei ist die stärkere emotionale Bindung und die damit verbundene Fürsorge für die Region. Ein weiterer Focus in der Außenwirkung wird das Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Kommune als Gesellschafter und die Verwendung von Gewinnen für die Bevölkerung sein. Um die Glaubhaftigkeit zu verdeutlichen ist es erforderlich, dass die Stadtwerke und insbesondere die Mitarbeiter/innen für die Kunden präsent sind und aktiv helfen.

Somit besteht unseres Erachtens die Möglichkeit im verschärften Wettbewerb durchaus geringfügig höhere Konditionen beim Kunden umlegen zu können.

Eine weitere Option den zukünftigen sinkenden Deckungsbeitrag zu entgehen, ist die Entwicklung und der konsequente Ausbau des Contractinggeschäftes. Die wesentlichen Vorteile liegen in der langfristigen Kundenbindung (15 Jahre), dass zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden können und der Markt nicht der Regulierung unterliegt.

Ziel muss es künftig sein, möglichst viele Gaskunden ins Contractinggeschäft zu etablieren.

Mittelfristig muss ein weiterer wichtiger Aspekt, der Stromverkauf im eigenen Versorgungsgebiet und die Übernahme der Stromkonzession, betrachtet werden. Die Erhaltung und der weitere Betrieb des Standortes Heizhaus I hat für das zukünftige Stromgeschäft eine wichtige Bedeutung. Durch die anstehende umfangreiche Sanierung der Heizzentrale und Nahwärmeleitungen besteht die Möglichkeit, Kraftwärmekopplungsanlagen (BHKW) in großem Umfang einzubinden

und somit ein Teil der Stromgrundlast oder der Reduzierung der Stromspitzenlast kostengünstig abzudecken.

Ein weiterer originärer Aspekt wird die zukünftig erfolgende Verlängerung der auslaufenden Gaskonzessionsverträge sein. Grundsätzlich sollen auch die Neuakquisitionen von Gaskonzessionen in der Region in die Wachstumsstrategie mit einbezogen werden.

Mit der Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmen ist natürlich auch die Einstellung und Qualifizierung von weiteren Mitarbeitern/innen verbunden. Somit gibt es aus unserer Sicht eine realistische Chance die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben in eine positive wie gesicherte Zukunft zu führen.

Lübben, im Juli 2010

Dipl. Ing. Detlef Günther
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurden. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Hannover, den 4. August 2010

BRS Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bargsten
Wirtschaftsprüfer